



An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Doris Achelwilm  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Niels Annen**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Staatsminister im Auswärtigen Amt

POSTANSCHRIFT  
11013 Berlin

HAUSANSCHRIFT  
Werderscher Markt 1  
10117 Berlin

TEL +49 (0)30 18-17-0  
FAX +49 (0)30 18-17-0

www.auswaertiges-amt.de

Berlin, den 16. April 2018

**Schriftliche Fragen für den Monat April 2018  
Frage Nr. 4-052 und 053**

Sehr geehrte Frau Kollegin,

*Liese Fromm Adachwilm*

Ihre Frage:

*Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Stand der Ermittlungen/Aufklärung der Verfolgungswelle durch staatliche Milizen gegen schwule und bisexuelle Männer in Tschetschenien, über die die russische Zeitung Nowaja Gaseta (<https://www.novayagazeta.ru/articles/2017/04/01/71983-ubiystvo-chesti>; vgl. auch <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/tschetschenien-gewalt-gegen-schwule-jetzt-hilft-nur-noch-die-ausreise-a-1141666.html>) und die US-Zeitung New York Times (<https://www.nytimes.com/2017/04/01/world/europe/chechen-authorities-arresting-and-killing-gay-men-russian-paper-says.html>) Anfang April 2017 übereinstimmend berichteten, und inwiefern setzt sich die Bundesregierung gegenüber den tschetschenischen und russischen Behörden für eine lückenlose Aufklärung der Vorkommnisse und eine Strafverfolgung der Täter ein?*

beantworte ich wie folgt:

Der Bundesregierung sind bisher keine Ermittlungsergebnisse der Russischen Föderation zu den Vorwürfen der Verfolgung Homosexueller in Tschetschenien bekannt. Die Bundesregierung thematisiert regelmäßig in Gesprächen gegenüber der russischen Regierung menschenrechtliche Fragen, unter anderem betreffend die Lage in Tschetschenien. Hinsichtlich der Vorwürfe zur Verfolgung Homosexueller in Tschetschenien hat die Bundesregierung die russische Regierung zum Schutz und zur Wahrung der

Grund- und Menschenrechte aufgerufen, beispielsweise in einem von Bundesminister des Auswärtigen a.D. Sigmar Gabriel initiierten Brief der Außenminister mehrerer Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) an den russischen Außenminister Sergey Lawrow sowie durch aktive Ansprache des Themas durch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel gegenüber dem russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Sowohl der Staatsminister für Europa Michael Roth als auch der ehemalige Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft Gernot Erler forderten eine Aufklärung der Vorkommnisse und eine strafrechtliche Verfolgung der Täter.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt Dr. Bärbel Kofler übermittelte im November 2017 in einem Schreiben an die Beauftragte für Menschenrechte der russischen Föderation Tatjana Moskalkowa die Bitte um Informationen zum Stand der Ermittlungen zur Verfolgung Homosexueller in Tschetschenien.

Ihre weitere Frage:

***Welche eigenen Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu Berichten über weiter andauernde Verfolgung, Inhaftierung, Folter und Tötungen von homosexuellen und transgeschlechtlichen Menschen in Tschetschenien durch lokale Behörden ([https://www.huffingtonpost.de/entry/jagd-auf-schwule-uber-100-manner-aus-tschetschenien-evakuiert\\_de\\_5ac4c4a1e4b063ce2e57d2b3](https://www.huffingtonpost.de/entry/jagd-auf-schwule-uber-100-manner-aus-tschetschenien-evakuiert_de_5ac4c4a1e4b063ce2e57d2b3)), und welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen bzw. gedenkt die Bundesregierung zu treffen, um angemessen darauf zu reagieren?***

beantworte ich wie folgt:

Der Bundesregierung liegen diesbezüglich keine eigenen Erkenntnisse vor. Der Bundesregierung sind Hinweise des russischen Netzwerks für Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender (LGBT) bekannt, wonach inzwischen auch Frauen Opfer von Verhaftung und Folter geworden sein sollen.

Mit freundlichen Grüßen

